

besetzten Gebieten, so Benvenisti. Ebenso heftig ging die Literaturprofessorin *Tanja Reinhart* in der Wochenend-Beilage von „Ha'aretz“ vom 27. Mai 1994 mit den Vereinbarungen ins Gericht. „Das Abkommen mit der PLO erinnert eher an den Beginn der Apartheid als an deren Ende.“ Sie sieht in den autonomen Gebieten bloße „Homelands“, weil die Ähnlichkeit frappierend sei.

Auch die Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage der Menschenrechte erfüllten die Abkommen nicht. In einigen Bereichen hat sich die Situation sogar noch zugespitzt, so bei Landenteignungen und Häuserzerstörungen. Auch die Folterungen durch den israelischen Geheimdienst gehen unvermindert weiter. So hat bereits im Juni 1994 die in Washington ansässige Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* einen 300seitigen Bericht über die Verhör- und Foltermethoden des israelischen Geheimdienstes veröffentlicht. Die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem stellte am 16. November 1994 ihren Bericht über Folter in Jerusalem der Öffentlichkeit vor. Er zeichnet ein düsteres Bild: „Die üblichen Anwendungen von Folter bei Verhören von Palästinensern gehen weiter.“

Die euphemistische Umschreibung für Folter heißt in der israelischen Regierungsterminologie „moderate physische Gewalt“. Nach den Terroranschlägen bei Natanya, bei dem 21 israelische Soldaten ums Leben kamen, entschied die Regierung, daß die Palette der „moderaten physischen Gewalt“ bei Verhören erweitert werden solle. Ob man damit dem Phänomen des Terrors Herr wird, kann zu Recht bezweifelt werden. Auf diese Weise fängt man keinen religiös motivierten Selbstmörder. Ebenso gehen die Tötungen von Palästinensern durch „verdeckte Einheiten“ oder sogenannte „Todesschwadronen“ weiter. Zuletzt wurde laut amnesty international vom 6. Januar 1995 vier Palästinenser im Alter von

16 bis 32 Jahren in ihrem vorbeifahrenden Auto erschossen. Viele dieser Morde kamen regelrechten Exekutionen gleich, obwohl – laut Vorschriften – diese Einheiten auch nur auf die Beine schießen sollten. Wie die Statistik zeigt, enden ihre Einsätze meistens tödlich. Seit der Intifada im Dezember 1987 haben laut B'Tselem 150 Palästinenser durch diese Einheiten ihr Leben verloren.

Langsam setzt sich auch bei den Palästinensern die Überzeugung durch, daß sie wieder einmal zu den Verlierern zählen. Die Abkommen bedeuten nichts weiter als die *Fortsetzung der Okkupation in einem neuen Gewand*. Gaza und Jericho bleiben letztendlich unter der Oberhoheit des israelischen Militärkommandeurs. Da die Palästinenser nicht die Kontrolle über ihre Grenzen haben, dürften alle weiteren Verhandlungen ins Leere gehen. Der Ausbau der Siedlungen geht verstärkt weiter, dies beschloß die israelische Regierung Ende Januar 1995. Damit werden Fakten geschaffen, die sich als kaum überwindbare Hindernisse erweisen werden.

Für Israel haben sich die Abkommen schon ausgezahlt. Es wurde inzwischen von mehreren arabischen Staaten anerkannt; Jordanien hat am 26. Oktober 1994 einen Friedensvertrag mit Israel geschlossen. Der Golf-Kooperationsrat hat den Wirtschaftsboykott aufgehoben und auf der Wirtschaftskonferenz Ende Oktober in Casablanca wurde Israel aus seinem Paria-Status entlassen. Die Palästinenser waren dort nur Zaungäste. Israel wird die dominierende Wirtschafts- und Militärmacht in der Region werden. Arafat dagegen regiert im Augenblick ein „Heimatland“ von Israels Gnaden. Israel sollte seinen Vorteil jedoch nicht bis zum letzten auskosten, denn sonst könnten sich die Erfolge als Pyrrhussiege erweisen. Ein Palästinenserstaat, in dem das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser gilt, liegt letztlich in seinem langfristigen nationalen Interesse. *Ludwig Watzal*

„Autorität anders ausüben“

Fragen an den Pariser Theologen Hervé Legrand

Auch Wochen nach der Amtsenthebung von Bischof Jacques Gaillot haben sich die Wogen innerhalb der Kirche in Frankreich wie zwischen Rom und Frankreich nicht wesentlich geglättet. Wie immer man persönlich zu Bischof Gaillot steht: wie mit ihm verfahren wurde, wird von breitesten Schichten des französischen Katholizismus abgelehnt. Über die Stimmung in Frankreich und die mit dem Fall Gaillot angerührten Fragen kirchlicher Autoritätsausübung sprachen wir mit dem Dogmatiker am Pariser Institut Catholique, Hervé Legrand. Die Fragen stellte Klaus Nientiedt.

HK: Herr Professor Legrand, die Amtsenthebung von Bischof Gaillot wurde in Frankreich wie ein „Schock“ aufgenommen. Inzwischen liest man, nichts sei seither wieder so wie vorher. Was hat sich atmosphärisch seit dem 13. Januar verändert?

Legrand: Seit dem Mai 1968 ist dies das erste Ereignis, das alle Franzosen zum Sprechen gebracht hat, alle sozialen Schichten der französischen Gesellschaft wie auch alle Katholiken. Alle Meinungsführer dieses Landes, die Präsidentschaftskandidaten etwa, alle Bischöfe, abgesehen vielleicht

von dreien oder vierten, haben sich zu dieser Frage geäußert. Es hat eine Debatte von erheblichem Ausmaß und erheblicher Tragweite begonnen, und sie ist noch lange nicht zu Ende.

HK: Daß Rom auch gegen den Willen von Ortskirchen Bischöfe einsetzt oder an ihnen festhält, ist nicht neu. Daß Rom auch vor Bischofsabsetzungen bzw. De-facto-Absetzungen – bei entsprechender Unterstützung aus dem jeweiligen Land – nicht zurückschreckt, siehe *Raymond Hunthausen*, war zu befürchten. Daß sich in Sachen Gaillot etwas zusammenbraute, konnte man sich seit langem denken. Warum ist dieser Fall dann für Frankreich bzw. für die Kirche in Frankreich so bedeutsam?

Legrand: Die öffentliche Meinung in Frankreich, wie jede öffentliche Meinung eines Landes, setzt nur ein Thema in Bewegung, das sie selbst unmittelbar betrifft. Aufschlußreich ist dieser Fall in hohem Maße für die Befindlichkeit der französischen Gesellschaft, in der man sich ansonsten nicht sonderlich für Bischofsernennungen oder -absetzungen interessiert.

„Der Fall ist aufschlußreich für die Befindlichkeit der französischen Gesellschaft“

HK: Inwieweit ist bei diesem Thema die französische Gesellschaft die Bezugsgröße?

Legrand: Die französische Gesellschaft hat gesehen, daß ihre eigenen Probleme auf dem Spiel stehen, vor allem ihre Haltung gegenüber dem Ausschluß bestimmter Personengruppen: der Arbeitslosen, Obdachlosen, Einwanderer, gerade auch der zweiten Generation, der AIDS-Kranken. Daraus erklärt sich das Echo. Die Ursache dafür ist weder ein vermeintlicher Gallikanismus – eine im übrigen ohnehin viel zu einfache Kategorie in dem Zusammenhang –, noch die Beziehung zu Rom, sondern die Frage der Ausgeschlossenen.

HK: Wie kommt es, daß ausgerechnet in einem Land mit scharfer Staat-Kirche-Trennung wie Frankreich ein Kirchenmann wie Gaillot so sehr zur Symbolgestalt eines bestimmten sozialetischen Anliegens wird?

Legrand: In einer Gesellschaft, in der sich in den vergangenen 25 Jahren sehr viel verändert hat, zeigt sich ein erhebliches Bedürfnis nach Sinn und nach Normen – auch wenn es sich durchaus nicht um dieselben Menschen handelt, die einerseits nach *Sinn* verlangen und die andererseits ein Bedürfnis nach *Normen* haben. Dies zeigt, daß die französische Gesellschaft, wie im übrigen alle westlichen Gesellschaften, um zentrale Fragen ihres Zusammenhalts, um Fragen der Verantwortung für die Benachteiligten ringt bzw. in einem sehr grundsätzlichen Sinn auf der Suche ist. In dieser Situation tritt ein Bischof als Vertreter eines normativen Pols in der Gesellschaft auf. Wenn ein Vertreter eines solchen normativen Pols sich zu Fragen des alltäglichen Lebens äußert,

wie Gaillot dies getan hat, erzeugt er damit unweigerlich ein großes Echo.

HK: Was schlägt im Interesse der französischen Gesellschaft an Bischof Gaillot in erster Linie zu Buche: das Interesse der Menschen an dem, was die Kirche, vertreten in der Person des ehemaligen Bischofs von Évreux, etwa zu ethischen Fragen zu sagen hat, oder die Tatsache, daß dieser Mann in zahlreichen viel diskutierten Fragen in seinen Meinungsäußerungen von dem abweicht, was die Kirche vor allem, aber nicht nur durch ihre römischen Vertreter verlauten läßt?

Legrand: Natürlich spielt diese Abweichung eine Rolle, aber letztlich geht es um die Autorität, mit der eine Gruppe wie die Kirche sich ins Gespräch der Gesellschaft einbringt. Das breite Echo im Fall Gaillot zeigt: Die französische Gesellschaft erwartet von den Katholiken bzw. von der katholischen Kirche, daß sie an den Auseinandersetzungen der Gesellschaft teilnimmt, daß die christliche Botschaft, das christliche Zeugnis denjenigen vermittelt wird, die diese in Frage stellen und herausfordern. Eine der ausgesprochen unglücklichen Folgen des Falls Gaillot ist der entstandene Eindruck, die katholische Kirche wolle in diese Auseinandersetzung nicht wirklich eintreten.

HK: Nach allem, was man weiß, dürften für die Amtsenthebung in erster Linie innerkirchliche Fragen wie die Kollegialität, die Einheit im Episkopat usw. den Ausschlag gegeben haben. Darauf deutet ja auch die Tatsache hin, daß Kardinal Gantin bei dem Zusammentreffen am 12. Januar auf einen entsprechenden Einwurf Gaillots hin diesem zu verstehen gegeben hat, es gehe nicht um Frankreich, sondern um die Kirche...

Legrand: Was die genauen Kriterien der Bischofskongregation waren, wissen wir bis heute nicht. Aber es ist sehr wahrscheinlich, daß es sich so verhält. Die drei Personen, die unmittelbar verantwortlich sind für die Absetzung von Bischof Gaillot, sind ein Kardinal aus Benin, ein argentinischer Bischof, der Sekretär der Bischofskongregation, sowie ein französischer Erzbischof, der vor 20 Jahren Frankreich verlassen hat, um in den diplomatischen Dienst des Apostolischen Stuhls einzutreten. Mit anderen Worten: Es verwundert nicht, daß Rom die Situation nicht richtig eingeschätzt hat.

HK: Es ist noch nicht lange her, daß aus Frankreich berichtet wurde, in welcher hohen Auflagen sich der „Katechismus der Katholischen Kirche“ verkaufe, die Enzyklika „*Veritatis splendor*“ sei gar an Kiosken auf den Champs Élysées zu haben. Aus deutscher Sicht konnte man sich über soviel Papstbegeisterung nur wundern. Ist man jetzt im Zusammenhang mit dem Fall Gaillot gewissermaßen aus den Träumen erwacht und auf die Realität dieses Pontifikates zurückgeworfen worden?

Legrand: Weder das eine, noch das andere. Der Verkauf des Katechismus ebenso wie der Erfolg von „*Veritatis splendor*“ sind der beste Beweis für das, was ich gerade sagte: In der

französischen Gesellschaft besteht eine erhebliche Nachfrage nach Normen und nach Sinn. Der Verkaufserfolg dieser beiden mehr oder weniger gelesenen Werke verdankt sich gerade dieser Erwartungshaltung. Sie richtete sich auf diese Werke, führte aber auch zur Solidarisierung mit Bischof Gaillot. Im Kern handelt es sich bei beidem um dasselbe Phänomen, lediglich in zwei verschiedenen Ausdrucksformen.

„Der Fall Gaillot läßt unfruchtbare Polarisierungen wiederaufleben“

HK: Ist beides nicht aber zugleich auch Ausdruck jener Polarisierung, wie sie die der französische Katholizismus seit langem kennt, so daß es kein Zufall und erst recht kein Widerspruch ist, wenn es in Frankreich beides gibt, ein vergleichsweise hohes Interesse an gesamtkirchlichen Lehramtsäußerungen wie dem Katechismus und „Veritatis splendor“ und eine auffallend starke Solidarisierung mit Jacques Gaillot?

Legrand: Das Klischee einer polarisierten Kirche in Frankreich entstand vermutlich im Ausland vor dem Hintergrund der Vorgänge um Erzbischof Lefèbvre. Man darf aber nicht vergessen, daß er – sieht man einmal von sechs Monaten als Bischof von Tulle ab – nie in Frankreich residiert hat. Die letzten 15 Jahre waren charakterisiert durch einen Rückgang der starken Spannungen aus der Zeit Pius' XII. und der unmittelbaren Nachkonzilszeit. Rund 40 Diözesen haben unterdessen erfolgreich Synoden durchgeführt; viele andere haben Diözesanversammlungen veranstaltet, beides im Bewußtsein einer geringeren Stärke der Kirche. Einige Bischofsernennungen unter dem Vorgänger des gegenwärtigen Nuntius waren kontrovers, aber ohne daß es zu solchen Folgen wie in den Niederlanden, in Österreich oder der Schweiz gekommen wäre. Aber Sie haben recht, der Fall Gaillot hat unfruchtbare Polarisierungen wieder aufleben lassen, ohne daß Rom in der Lage wäre, eine vermittelnde Rolle zu spielen.

HK: Bei der Kommentierung der Absetzung von Bischof Gaillot tauchen die unterschiedlichsten Ansatzpunkte bzw. Aspekte auf: die ungleich verteilte Macht in der Kirche, der Versuch konservativer Kreise, an den eigenen Bischöfen vorbei in Rom Gehör zu finden, der restaurative Versuch, den Episkopat „auf Linie“ bringen zu wollen. Was ist für Sie das Kernproblem hinter dieser Vielzahl von Erklärungs- und Deutungsansätzen und -aspekten?

Legrand: Die von Ihnen gebrauchten Formulierungen sind tatsächlich nur Aspekte des Problems. Der entscheidende Punkt scheint mir folgender zu sein: Der Fall Gaillot ist ein außerordentlich lehrreicher Ausdruck der Lage, in der wir uns mit der Verkündigung des Evangeliums in unseren westlichen Gesellschaften befinden, also Ausdruck des Verhältnisses zwischen der Gruppe der Christen und der gesamten Gesellschaft. Ein ausschließlich autoritäres Sprechen wird nicht länger akzeptiert.

HK: Was nicht heißt, Autorität überhaupt würde nicht akzeptiert.

Legrand: Keineswegs, jedermann anerkennt die Notwendigkeit einer Entscheidungsvollmacht und sogar rund 20 Prozent der Katholiken in Frankreich sagen, daß es Autorität in der Kirche braucht, wie man sie auch in einem Unternehmen braucht oder in der Armee. Von daher stellen viele die Entscheidung als solche auch gar nicht in Frage. Wir können aber kein Zeugnis vom Evangelium ablegen, von unseren Werten, vom Sinn, den wir repräsentieren, wenn wir dies autoritär tun, auf eine Weise, in der wir uns selbst als die einzige legitime Stimme betrachten. Die Alternative dazu ist, daß wir klar und deutlich unsere Probleme benennen, die Gründe unseres Handelns erläutern, keine Angst haben, unsere Position zu erklären. Jedesmal, wenn man sich weigert, dies zu tun, kommt es zu einer öffentlichen Auseinandersetzung in den Medien, und zwar unter Bedingungen, die sich sowohl für das Glaubensverständnis wie für das Leben der Christen ungünstig auswirken. Die schlechte Qualität der Kommunikation mit unseren Gesellschaften ist das Zeugnis einer schlechten Qualität der Kommunikation innerhalb der Kirche. Ich zitiere den Bischof von Rottenburg-Stuttgart und Theologen *Walter Kasper*: Wir brauchen mehr Kollegialität, mehr Mitverantwortung, mehr Information, mehr Transparenz in den Entscheidungsprozessen. Mit Kasper kann man immer nur wiederholen: Mit dem Rezeptionsprozeß des Zweiten Vatikanischen Konzils befinden wir uns erst am Anfang.

HK: Besteht nicht eine Schwierigkeit in der Diskussion über den Fall Gaillot darin, daß nicht selten von denselben Begriffen sehr unterschiedlicher Gebrauch gemacht wird? Beispiel Subsidiarität: Die einen sagen, die Subsidiarität wurde nicht im gebotenen Maße respektiert; die Kirche in Frankreich hätte diese Angelegenheit mit sich selbst ausmachen sollen. Die anderen sagen: Die Subsidiarität wurde vorbildlich beachtet. Immerhin hatte man in Frankreich Zeit, selbst zu einer Lösung zu kommen. Das gelang nicht. Also haben gesamtkirchliche Stellen die Pflicht, ihre Verantwortung wahrzunehmen...

Legrand: Man kann sich dem Thema mit dem Begriff der Subsidiarität nähern. Aber ich halte dies für einen zu formalistischen Zugang. Die Subsidiarität beachtet man dadurch, daß man Probleme, die an einem bestimmten Ort entstanden sind, von den örtlichen Autoritäten lösen läßt. Dieser Respekt vor den lokalen Zuständigkeiten zeigt auch, daß man die Ekklesiologie der „Communio“ ernst nimmt. Im vorliegenden Fall rührt die Schwierigkeit daher, daß man eine sehr viel komplexere Frage auf rein disziplinarischem Wege zu lösen suchte. Sowohl die Gesellschaft wie auch die Glieder der Kirche verlangen eine eingehende Beschäftigung mit diesem Kern des Problems. Das Unbehagen der christlichen wie der nichtchristlichen Öffentlichkeit an den Vorgängen besteht ja gerade darin, daß diese Kernfragen nicht wirklich angegangen wurden.

HK: Ähnlich schwierig verhält es sich beim Begriff „Kollegialität“. Die einen sehen die eigentliche Sünde wider die Kollegialität im Verhalten Gaillots, die anderen im Vorgehen gegen ihn bzw. im Umgang mit den übrigen Bischöfen im Umfeld der Amtsenthebung.

Legrand: Gaillot war als Bischof nicht ausgesprochen kollegial. Den Beziehungen zu seinen Kollegen im Bischofsamt hat er keine sonderliche Aufmerksamkeit geschenkt. Mehr noch: Er hat im Grunde den hierarchischen und normativen Pol innerhalb der Kirche verlassen und seinen Platz im Bereich der Prophetie gesehen bzw. als Meinungsführer dieser Gesellschaft. Er hat sich selbst als „Bischof der Ausgeschlossenen bzw. Ausgestoßenen“ definiert. Dennoch aber ist fraglich, ob, um diese Kollegialität wiederherzustellen, die angewandte Methode kollegial war. Die Mehrheit der Katholiken in Frankreich und die große Mehrheit der französischen Bischöfe hielten die Methode für alles andere als kollegial. Der Papst war zum Zeitpunkt der Amtsenthebung nicht in Rom, was symbolisch äußerst problematisch war. Die Bischöfe selbst haben darauf hingewiesen, daß sie die Meldung über die Medien erhalten haben. Sie haben ihre Unzufriedenheit über diese Tatsache zum Ausdruck gebracht.

„Die Einheit der Christen wurde bisher zu wenig synodal gedacht“

HK: Und wie steht es um den Begriff der „Einheit“, den die Bischofskongregation immerhin zum Zentrum ihrer Argumentation gegen Gaillot machte? Rom wirft Gaillot vor, er sei nicht geeignet, als Bischof die Einheit der Kirche zu verkörpern. Rom wird dagegen vorgehalten, gerade mit dem Hinauswurf Gaillots der kirchlichen Einheit einen Bärendienst erwiesen zu haben.

Legrand: Mit dem Konzept der Einheit haben wir dieselben Schwierigkeiten, weil die Einheit der Christen bisher zu wenig synodal gedacht wurde. Die Frage nach der Einheit in der Kirche verweist auf das Problem der Rolle der öffentlichen Meinung innerhalb der Kirche. Bereits Pius XII. sagte, wenn es sie nicht gebe, müsse man die dafür Verantwortlichen tadeln. Wenn es keine Kommunikation, keine Auseinandersetzung gibt, ist die Einheit keine wirkliche Einheit. 65 bis 70 Prozent der Katholiken stehen heute hinter Gaillot. Ungefähr 15 Prozent sind ihm eher feindlich gesonnen, der Rest bewegt sich irgendwo dazwischen oder hat keine eigene Meinung ausgebildet. Ist diese Verteilung der Meinungen nun aber das Ergebnis des Drucks der Medien oder einer tatsächlichen Reflexion der Christen selbst? Über den zweiten Teil dieser Alternative kann man so lange keine verlässlichen Angaben machen, wie die Kirche in Frankreich nicht entschiedener auf den Weg zu mehr Synodalität setzt.

HK: Die Anstrengungen auf dem Gebiet der Diözesansynoden sind aber doch unübersehbar.

Legrand: Einerseits ja, andererseits hat aber bisher erst ein Drittel der französischen Diözesen eine Diözesansynode abgehalten. Im übrigen gab es in keiner Diözese bisher zwei Synoden. Mit anderen Worten: Wenn wir, was die Kollegialität angeht, uns noch auf der Stufe des Lernens befinden, gilt dies in noch sehr viel größerem Maße für die Synodalität. Einheit würde Information erfordern, wirklichen Austausch der Meinungen, Suche nach einem Konsens. Einheit im Glauben, in den Sakramenten des Glaubens ist auf der einen Seite immer bereits gegeben, auf der anderen Seite muß sie aber auch angestrebt, getan werden. Hier bestehen reale Versäumnisse innerhalb der Kirche in Frankreich. Im übrigen ist es nicht nur Sache der Diözesen, Synoden abzuhalten. Auch die Pastoralräte auf Gemeindeebene müßten entwickelt werden.

HK: Welchen Stellenwert geben Sie der Tatsache, daß zunehmend nicht nur Theologen, sondern auch Bischöfe in öffentlich ausgetragene innerkirchliche Kontroversen verwickelt sind?

Legrand: Unterschiedliche Meinungen hat es auch unter den Bischöfen immer gegeben. Aber man kann es nicht dabei bewenden lassen, neben den Meinungsverschiedenheiten der Theologen nun auch diejenigen der Bischöfe öffentlich werden zu lassen. Man muß immer noch Überzeugungsarbeit leisten für die Legitimität und den Reichtum, die diese Meinungsverschiedenheiten bedeuten, oder aber sich über die zugrundeliegenden Unterschiede verständigen. Der Rückgriff auf die Konziliarität in solchen Situationen gehört zur Tradition der Kirche. Darin zeigt sich die Ekklesiologie der „Communio“, ohne die es auch keine Wiederherstellung der Einheit zwischen den getrennten Kirchen geben kann. Über eines müssen wir uns im klaren sein: Die Orthodoxen treten mit uns nur in Gemeinschaft, wenn sie erkennen, daß zwischen Primat und Kollegialität, wie sie das Zweite Vatikanische Konzil verstand, im alltäglichen Miteinander Platz bleibt für Konziliarität. Die Lutheraner würden einen solchen Weg nur einschlagen, wenn sie sehen, daß unsere Bischöfe nicht autonom von ihren Ortskirchen handeln, ganz im Sinne von Melancthon, der sich in seiner Apologie der Augsburger Konfession, Artikel VII, weigert, *ad pontifices* zu übertragen, was die Heilige Schrift der gesamten Kirche zuschreibt. Es genügt also nicht, sich der Meinungsvielfalt in der Kirche zu rühmen; die „Communio“ muß gelebt und organisiert werden.

HK: Als Schwachstelle innerkirchlicher Kommunikation erweisen sich gegenwärtig manche Bischofskonferenzen, in denen sich die unterschiedlichen Positionen und Richtungen gegenseitig lähmen. Wenn Entscheidungen Zwei-Drittel-Mehrheiten erfordern, erweist sich diese Hürde als großes Hindernis. Könnte es angebracht sein, diese hohe Schwelle zu senken, um arbeitsfähiger zu werden?

Legrand: Im Gegenteil, ein Verzicht oder ein Abbau dieser hohen Schwelle wäre für die „Communio“ gefährlich. Die

Tradition der Kirche könnte in dieser Hinsicht geradezu ein Modell für die Demokratie abgeben. Synodalität und Konziliarität in der Kirche bedeuten nicht die Diktatur der Mehrheit. In jedem Konzil, in jeder Synode sieht man, wie Minderheitsmeinungen akzeptiert werden, ernst genommen werden, wie man sich mit ihnen auseinandersetzt bis zum Äußersten dessen, was an Konsens möglich war. Die Vorgänge um Jacques Gaillot zeigen nur erneut, wie schwach die Bischofskonferenzen sind. Eine Stärkung ihres kanonischen Status und ihrer Entscheidungskompetenzen wäre wünschenswert.

HK: Wobei mancherorts zum ungeklärten Status der Konferenzen noch problematische Bischofsnennungen der letzten Jahre hinzukommen, die die Stimmenverhältnisse nachhaltig beeinflusst haben ...

Legrand: Die Bischofsnennungen, die als einseitig erscheinen können, lähmen tatsächlich die Konferenzen, trotz aller guten Absichten Roms, Gruppen von eher konservativen Gläubigen die Möglichkeit zu geben, sich mit einigen Bischöfen identifizieren zu können. Von daher stellen sich auch grundlegende Anfragen an das Verfahren der Bischofsnennungen. Die deutschen und Schweizer Diözesen haben die konkordatar verankerte Möglichkeit, sich klarer darüber äußern zu können, als dies etwa in Frankreich möglich ist, wen sie für das Bischofsamt für geeignet halten. Eine solche Regelung würde uns in der Kirche insgesamt weiterhelfen und ein Element der Stärke bedeuten. Der Bischof ist nicht – nach der unglücklichen Formulierung Karl Rahners – „ein Mitglied des höchsten kollegialen Führungsgremiums der Kirche“, sondern „Bindeglied der Koinonia“, Repräsentant der „Communio“ und des Glaubens der ganzen Kirche in seiner Kirche und auch Repräsentant der Probleme des Glaubens sowie der Lösungen seiner eigenen Kirche innerhalb der Gemeinschaft der anderen Kirchen.

HK: Nun sind diese Ansätze nicht neu und dennoch macht ein Vorgang wie der Fall Gaillot wiederum deutlich, wie sehr wir als Kirche damit noch am Anfang stehen. Was hindert die Kirche daran, die in ihrer eigenen Tradition vorhandenen Ansätze aufzugreifen, sie zur Anwendung zu bringen?

Legrand: Ich wäre in dieser Hinsicht weniger pessimistisch. Mein Eindruck ist eher, daß wir als Kirche auf diesem Gebiet dabei sind zu lernen. Das Zweite Vatikanische Konzil trägt durchaus Früchte. Wenn von normalen Katholiken äußerst abstrakte Fragen wie die nach der Kollegialität der Bischöfe, der Subsidiarität in der Kirche, der Primatsausübung mit einem Mal konkret und diskutiert werden, ist dies zunächst einmal auch etwas Positives. Ich glaube trotz allem, daß wir Fortschritte machen. Wenn Spannungen bestehen, bedeutet dies, daß auch Kräfte am Werk sind. Die Energien, die sich entfalten, sind potentiell konstruktiv. Daß solche Debatten in der Kirche stattfinden, halte ich für einen großen Fortschritt.

HK: Aber nochmal gefragt, warum ist man bei der Verwirklichung von Kollegialität und Synodalität nicht schon weiter? Warum geht man so ängstlich voran?

Legrand: Diese Probleme stellen sich zuallererst in der westlichen Gesellschaft mit ihren demokratischen Strukturen, ihrer höheren kulturellen Qualifikation, die zu einer anderen Ausübung der Autorität zwingen. Die Schwierigkeit der katholischen Kirche besteht darin, daß sie Weltkirche ist. Die Frage der Mitverantwortung, der Synodalität stellt sich so nur vor dem Hintergrund der westlich geprägten Gesellschaft. Und Rom hat eben nicht nur diesen Typ von Gesellschaft im Blick. Eine andere Schwierigkeit besteht darin, daß man zu Recht eine Demokratisierung der Kirche fürchtet. Die Kirche ist keine Demokratie, sie kann etwa in bezug auf ihr Glaubensbekenntnis nicht wie eine Demokratie handeln. Der Glaube wird angenommen und weitergegeben. Eine Übertragung demokratischer Modelle auf synodale Strukturen verlangt von daher schon einige Reflexion. Andererseits sind Pluralität und Pluriformität immer schwieriger zu handhaben als eine Pseudo-Uniformität. Von daher finde ich diese Zurückhaltung zunächst einmal normal.

HK: Mit anderen Worten: Schwierigkeiten mit den Strukturen der Kirche sind weder ein besonderer Grund zur Besorgnis, noch werden sie je aufhören ...

Legrand: Die heutigen Schwierigkeiten sind verständlich, denn wir lassen langsam die Ekklesiologie des 19. Jahrhunderts hinter uns, die im Zeichen der Bejahung der Autorität stand. Die Schwierigkeiten einer synodalen Kirche werden anderer Natur sein. Synodalität bedeutet ein notwendiges Ringen zwischen der Versammlung und den Bischöfen. Ort der Wahrheit ist die „Ecclesia“. Dort gehören die Fragen auf den Tisch, dort sind sie frei zu diskutieren. Dort ist der Ort der Mitwirkung an der Festlegung von Normen, die unser Zusammenleben regeln. Dort herrscht Respekt vor den Minderheiten. Das angemessenste Mittel, um der Forderung nach Demokratisierung der Kirche entgegenzutreten, ist die Synodalität. Je größer der Autoritarismus, desto massiver die Forderung nach Demokratisierung.

„Die Inkulturierung des christlichen Glaubens in der westlichen Kultur nützt der gesamten Kirche“

HK: Wie geht es nun weiter? Der z. T. versöhnlich anmutende Ton des Schreibens der Bischofskongregation vier Wochen nach der Amtsenthebung könnte darauf hindeuten, daß man möglicherweise auch in Rom nicht mehr über jedes Detail glücklich ist. Je größer die Überraschung über die Reaktionen und den Verlauf, den der Fall genommen hat, desto mehr fragt man sich, wie es überhaupt so weit hat kommen können ...

Legrand: Ich sehe zwei Hypothesen über die Entstehung dessen, was heute als Scheitern empfunden wird: Entweder war man schlecht, unzureichend oder einseitig informiert, oder es handelt sich um eine Politik in dem Sinne, daß man auf die Kirche in den Ländern der Dritten Welt setzt und die Kirche in den Industrieländern als für die Zukunft weniger

wichtig einstuft. Ich weiß nicht, welche dieser Hypothesen zutrifft, vielleicht sind beide falsch oder beide richtig. Wenn die Gaillot-Entscheidung einer solchen Politik entspringen sollte, was ich persönlich eigentlich nicht glaube, wäre dies äußerst kurzsichtig. Die Inkulturierung des christlichen Glaubens in der westlichen Kultur nützte der gesamten Kirche. Wo sonst, wenn nicht im Westen, könnte man sich mit den Beziehungen zwischen dem Glauben und den Wissenschaften befassen? Mit den ethischen Konsequenzen technischer Entwicklungen? Wo könnte man den ökumenischen Dialog kompetent fortsetzen? Wenn die Kirche in diesen Gesellschaften nicht glaubwürdig ist, kann sie es auch nur schwer anderswo sein.

HK: Ohne damit reale Versäumnisse und Fehler zudecken oder beschönigen zu wollen, besteht nicht auch die Versuchung, die Schuld nur allzu einseitig in Rom zu suchen?

Legrand: Mit der Vorstellung, man brauche in dieser Angelegenheit lediglich den Frust auf Rom abladen, macht man es sich eindeutig zu einfach. Der Fall Gaillot offenbart gerade auch unsere eigenen Probleme. Außerhalb des Medienrummels, der sich bald legen wird, wird es für die Kirche in Frankreich darum gehen müssen, Folgen und Konsequenzen zu beachten.

HK: Und die wären?

Legrand: Beginnen wir mit den negativen. Die Bischöfe wissen, wie sehr sie untereinander gespalten sind. Selbst die tragenden Schichten der kirchlichen Basis der katholischen Kirche, ich denke etwa an die Religionslehrer an den Gymnasien, behalten vom Fall Gaillot Wunden zurück, die nur schwer zu heilen sind. Das gilt auch für viele Priester im Alter von 50 bis 70 Jahren, die die Konzilsjahre sehr bewußt miterlebt haben. Sie sind sehr betroffen vom Fall Gaillot.

HK: Was könnten mögliche positive Folgen sein?

Legrand: Man müßte ein regelrechtes Weißbuch in Auftrag geben, ähnlich wie in der Affäre Touvier, wo es außerordentlich gut aufgenommen wurde. D. h., man müßte analysieren, was hier eigentlich vor sich gegangen ist, was der Fall über die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Kirche offenbart; über die Art und Weise, in der in der katholischen Kirche miteinander gesprochen wird, darüber, wie Entscheidungen getroffen werden; wie in Fragen wie der Subsidiarität, der Kollegialität verfahren wird. Die ökumenischen Dimensionen müßten offengelegt werden, und man müßte sich fragen, wie man damit in Zukunft umgehen will.

HK: Wäre, wie von einigen Bischöfen vorgeschlagen, eine außerordentliche Vollversammlung der Bischofskonferenz nicht gleichfalls ein naheliegender Schritt?

Legrand: Eine außerordentliche Vollversammlung halte ich schon wegen der innerhalb der Bischofskonferenz bestehenden Spaltung kaum für möglich und sinnvoll. Ich bin nicht einmal sicher, ob sie in der gegenwärtigen Lage tatsächlich etwas bewirken würde. Eine solche Sitzung würde im übrigen nur erneut die Gleichsetzung von Kirche und Bischöfen stützen. Das eigentliche Problem besteht aber auf der Ebene der gesamten Kirche als „communio“, der Frage der Synodalität, der Beziehungen der Bischöfe als Hirten zu ihrem Volk. Am weiterführendsten scheint mir in dieser Situation ein Weg zu sein, den viele Bischöfe in unseren Diözesen gewählt haben, nämlich innerhalb ihrer eigenen Diözesen in ein Gespräch einzutreten, die Priesterräte und die Pastoralräte einzuberufen. Dort werden die Probleme weniger ideologisch, dafür aber konkreter gesehen: Wie wird die Situation in unserer Diözese empfunden? Was können wir tun? Was können wir verbessern? Ein solches Vorgehen scheint mir sinnvoller zu sein, weil es das gesamte Volk Gottes mit einbezieht.

Christliche Freiheit heute

Herausforderungen für Gesellschaft und Kirche

„Zur Freiheit hat uns Christus befreit“ – so heißt es bei Paulus. Welche Bedeutung hat die christliche Freiheitsbotschaft heute für die Gesellschaft im wiedervereinigten Deutschland wie für die Kirche? Was kann der Glaube Hilfreiches zum Umgang mit einer zunehmend schwieriger werdenden Freiheit beisteuern? Im folgenden Beitrag geht Wolfgang Huber, seit 1994 Bischof der Evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg, diesen Fragen nach. Es handelt sich um einen Vortrag, der am 31. Januar während der Festwoche zur Eröffnung der Katholischen Akademie Berlin gehalten wurde.

Wer den Prozeß der Vereinigung Deutschlands aufmerksam verfolgt und an seinem Ort aktiv mitgestaltet, wird keinen Zweifel am Schlüsselthema dieses Prozesses haben. Sein Schlüsselthema ist die Freiheit. Wer das Glück hatte, als Nicht-Berliner (der ich damals noch war) den 10. November

1989 in Berlin zu verbringen, wird das Grundgefühl dieses Tages nicht vergessen: das Geschenk der Freiheit. Nicht nur östlich der Mauer, sondern ebenso auch im freien Westteil der Stadt gewann Freiheit eine neue Qualität: Wir erfuhren die Befreiung aus einem System der Gegnerschaft zwischen